„Beide Seiten“ würden sich „gegenseitig den Beschuss“ des größten AKW in Europa vorwerfen, heißt es. Doch welche Darstellung ist glaubwürdiger? Die verkürzende Berichterstattung zum Vorgang um das Atomkraftwerk Saporischschja in der Ukraine ist ein neuer Tiefpunkt in der Medienlandschaft. Ein Kommentar von **Tobias Riegel**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/220816_Ukrainisches_Atomkraftwerk_Beschiessen_sich_die_Russen_selber_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Die Ereignisse um das Atomkraftwerk (AKW) Saporischschja in der Südukraine bleiben hochgefährlich. Der mehrmalige Beschuss der Anlage, für den sich Moskau und Kiew gegenseitig verantwortlich machen, könnte eine ganz Europa erfassende nukleare Katastrophe auslösen.

Russische Truppen kontrollieren laut Medienberichten die Anlage Saporischschja seit den ersten Tagen der russischen Invasion. Das bedeutet: Nach der Logik der ukrainischen Kriegspropaganda beschießen sich die russischen Truppen selber, wenn sie das AKW angeblich angreifen.

Dass Kiew eine Strategie des Gegenvorwurfs nutzt, sollte nicht verwundern. Fragwürdig ist jedoch die teils zu beobachtende distanzlose Übernahme dieser Version durch manche große Medien. Meist trifft man in den aktuellen Berichten auf die abgeschwächte Version, nach der sich „beide Seiten gegenseitig“ die Angriffe vorwerfen würden. Eine Gewichtung, welche Vorwürfe welcher Seite aus welchen Gründen plausibler sind, wird oft nicht vorgenommen. Das Ergebnis ist eine weitgehende „Gleichstellung“ der Argumente, ein angebliches „Informations-Patt“, an dem man nichts ändern könne. Die Folge davon wiederum ist eine grobe Verzerrung der mutmaßlichen Situation.

Zusätzlich bietet das Vorgehen des dreisten Gegenvorwurfs – und das Nicht-Einschreiten vieler Medien dagegen – die Möglichkeit für westliche Kriegsakteure, Russland auf die moralische Anklagebank zu setzen, obwohl die Angriffe auf das AKW mutmaßlich von der ukrainischen Seite ausgehen: Zumindest bis neue Informationen auftauchen, ist diese Deutung erheblich naheliegender. Betont werden muss aber auch, dass es ohne den russischen Einmarsch die Situation um das AKW nun nicht geben würde, zumindest nicht in dieser Form.

Russische Aktion unter falscher Flagge?

Auch eine russische Aktion unter falscher Flagge im Zusammenhang mit dem AKW, etwa um die ukrainische Seite als Terroristen zu brandmarken, ist nicht prinzipiell auszuschließen – sie ist aber angesichts der Indizien, der Vorgeschichte und der Ausgangslage, auf die weiter unten eingegangen wird, keineswegs naheliegend. Ist es (bis neue Erkenntnisse auftauchen) also wirklich auszuschließen, dass die ukrainische Armee mit einer provozierten Nukleargefahr weitere militärische Unterstützung aus dem Westen einwerben möchte? Schließlich könnte ein Angriff auf ein AKW, den man erfolgreich der russischen Armee anlastet, gut als ein Überschreiten einer roten Linie dargestellt werden.

Aber auch starke Indizien sind längst noch kein Beweis für eine ukrainische Urheberschaft der Angriffe. Eigentlich müsste bis zu einer echten Klärung der Vorfälle durch Dritte auf Vorverurteilungen beider Seiten gänzlich verzichtet werden. Wenn man sich aber schon verfrüht zum Staatsanwalt aufschwingen möchte, dann könnten und (und müssten) die vorliegenden Hinweise den Schwerpunkt der Ermittlungen (vorerst) in Richtung Ukraine verschieben. Irgendjemand hat die Atomanlage wiederholt und gezielt beschossen. Der Verdacht würde hier also „Nuklearterrorismus“ lauten.

Parallelen zum „Giftgasangriff“ von Duma

Die Vorgänge um das AKW und die mediale Verarbeitung erinnern an den „Giftgasangriff“ im syrischen Duma 2018, den die syrische Regierung angeblich „gegen das eigene Volk“ ausgeführt habe. Mit der Geschichte wurden damals Militärschläge gerechtfertigt, obwohl es erhebliche Zweifel an der Echtheit der westlichen Darstellung der Ereignisse gab und gibt.

Eine weitere Parallele zwischen Duma und dem ukrainischen AKW ist, dass die syrische bzw. russische Seite durch die ihnen vorgeworfenen schrecklichen Taten keinen sichtbaren Vorteil hätten: Nicht militärisch und schon gar nicht moralisch – ganz im Gegenteil wären beide Handlungen irrational, weil sie der Gegenseite Steilvorlagen für Interventionen liefern, ohne sich an anderer Stelle wirklich auszuzahlen.

Ukraine hat früheren Beschuss des AKW bestätigt

Indizien und die Frage „Wem nutzt es?“ zählen jedoch in manchen Redaktionen dieser Tage nicht viel. Exemplarisch für zahlreiche weitere Medien und Beiträge wird hier der „Spiegel“ betrachtet. Das Magazin liefert etwa ein Beispiel der aktuellen „Ausgewogenheit“:

> „In der ukrainischen Stadt Enerhodar am russisch besetzten Atomkraftwerk Saporischschja sind am Sonntag erneut Artilleriegeschosse eingeschlagen. Russland und die Ukraine machen sich gegenseitig für den Beschuss verantwortlich."

Zur Beurteilung der aktuellen Situation ist es wichtig, zu erwähnen, dass Kiew vor Angriffen auf das AKW-Gelände nicht prinzipiell zurückschreckt. Die Ukraine hat solche Angriffe bereits ausgeführt und eingeräumt, wie der „Spiegel" schon im Juli vermeldete:

> „Kiew bestätigt Einsatz von ‚Kamikaze-Drohnen' am Atomkraftwerk Enerhodar
>
> Bei einem Drohnenangriff seien russische Luftabwehr und ein Mehrfachraketenwerfer zerstört worden, so der ukrainische Geheimdienst."

Aktuelle Berichte bleiben von dieser Vorgeschichte der ukrainischen Angriffe auf das AKW-Gelände jedoch weitgehend unberührt, etwa wenn im „Spiegel" der Bürgermeister von Enerhodar zitiert wird:

> „Das Risiko einer atomaren Katastrophe ‚wächst jeden Tag', sagte Dmytro Orlow am Sonntag in einem Telefonat mit der Nachrichtenagentur AFP. Die russische Armee beschieße ‚die Infrastruktur, die den sicheren Betrieb des Kraftwerks sicherstellt'."

Westliche Staaten gegen Aufklärung

Das Magazin nutzt diese einseitige Quelle und münzt sie im nächsten Satz zu einer anscheinend unparteiischen und wohlbegründeten Motivation für eine Verurteilung Russlands. So würden 42 Staaten „deshalb" nun den sofortigen Abzug russischer Truppen fordern, schreibt der „Spiegel".

Diese Staaten-Erklärung ist darauf angelegt, durch ultimative Forderungen jeden echten Fortschritt in der Sache und jede seriöse Aufklärung durch Dritte zu verhindern: So müsse die Kontrolle über das AKW „den befugten ukrainischen Behörden übergeben werden", heißt es laut Medien in der Forderung. Erst dann könnten Experten der IAEA ihre Aufsichtspflicht über die Arbeit der Ukrainer wahrnehmen. Russland müsse „vollständig aus

der Ukraine abziehen“ und den „durch nichts provozierten oder gerechtfertigten Angriffskrieg“ gegen das Nachbarland beenden. Unterzeichnet wurde das destruktive Dokument unter anderem von der EU im Namen aller Mitglieder und den USA, Großbritannien, Norwegen, Australien, Japan und Neuseeland. Man kann sich ausrechnen, wie viele Staaten der Erde nicht unterzeichnet haben.

Ukraine verhindert Inspektionen durch IAEA

Die Strategie der Verhinderung durch unrealistische Forderungen nutzt die Ukraine im Zusammenhang mit dem AKW schon lange, etwa um Inspektionen unmöglich zu machen. So berichteten Medien bereits im Juni:

> „Die Ukraine lehnt jegliche Inspektion des Atomkraftwerks Saporischschja durch den Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) ab, solange die Atomanlage von russischen Truppen besetzt ist. Die ukrainische Atomenergiebehörde Energoatom betonte am Dienstag, es gebe von ihr keine Genehmigung für einen Besuch von IAEA-Chef Rafael Grossi auf dem Akw-Gelände. Bei anderslautenden Angaben Grossis handele es sich um ‚Lügen‘. Die Ukraine habe Grossi ‚nicht zu einem Besuch des Kraftwerks Saporischschja eingeladen und es ihm in der Vergangenheit verwehrt, einen solchen Besuch zu tätigen‘, schrieb Energoatom. ‚Der Besuch des Kraftwerks wird erst möglich sein, wenn die Ukraine die Kontrolle der Anlage wieder übermimmt (sic!).‘“

Russland hat dagegen laut Medien zugesichert, dass internationale Atomexperten Zugang zum besetzten ukrainischen Atomkraftwerk Saporischschja bekommen würden. Der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja schlug bei einer Dringlichkeitssitzung vor dem UN-Sicherheitsrat eine Inspektion noch in diesem Monat vor. Er lehnte es aber ab, dass Russland als Vorbedingung seine Truppen von dem Gelände abzieht.

Es gibt also eine Seite, die Inspektionen verhindern will und eine Seite, die sie (unter ihren Bedingungen) zulassen möchte. Der „Spiegel“ stellt auch diese Schieflage als irgendwie ausgeglichen dar:

> „Die Vereinten Nationen, Russland und die Ukraine haben sich bislang nicht über die Modalitäten einer AKW-Inspektion durch Experten der IAEA einigen können.“

Das AKW als „Schutzschild“?

Eine zusätzliche Wendung erhalten die Ereignisse durch die Schilderungen von westlicher Seite, Russland würde das AKW als „Schutzschild“ nutzen, also Geschütze etc. vorsätzlich dort platzieren, wie die „Tagesschau“ berichtet :

> „Von Seiten der Ukraine hieß es wiederholt, die russischen Streitkräfte benutzten das Atomkraftwerk als Schutzschild, während sie die Ortschaften auf der anderen Seite des Dnjepr beschossen – wohl wissend, dass das ukrainische Militär aus Sorgen vor einem Atomunglück nicht zurückschießen werde.“

Was aber, wenn das ukrainische Militär nun doch zurückschießt – und sei es in der Überzeugung, gerechtfertigt zu handeln? Und was, wenn es dabei einen Super-GAU in Kauf nimmt? Dieser Vermutung hat die ukrainische Regierung kürzlich selber Futter gegeben, als Präsident Selensky in einer Videobotschaft sagte:

> „Jeder russische Soldat, der entweder auf das Kraftwerk schießt oder unter dem Deckmantel des Kraftwerks schießt, muss verstehen, dass er zu einem besonderen Ziel für unseren Geheimdienst und unsere Armee wird.“

Würde die russische Armee das AKW als Schutzschild nutzen, wäre das ein Verbrechen. Für die Klärung aber, wer aktuell das AKW beschießt, ist die Aussage von Selensky interessant, weil sie indirekt Angriffe auf das AKW-Gelände rechtfertigen möchte.

Leserbriefe zu diesem Beitrag finden Sie hier.

Titelbild: jaroslava V / Shutterstock